



HESSISCHER LANDTAG

21. 08. 2025

KPA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Überlastungsanzeige von 41 Grundschulen im Schulamtsbezirk Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis

Im Juni haben 41 von 66 Grundschulen im Schulamtsbezirk Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis eine gemeinsame Überlastungsanzeige gestellt. Sie beklagen strukturelle Probleme im hessischen Schulsystem, insbesondere bei der Versorgung mit (qualifizierten) Lehrkräften, zu große Klassen und eine extrem hohe Arbeitsbelastung für die Lehrkräftekollegien.

Die Landesregierung wird ersucht, im Kultuspolitischen Ausschuss (KPA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Lehrkräftestellen (in VZÄ) waren den betreffenden 41 Grundschulen im letzten Schuljahr zugewiesen? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
2. Wie viele dieser Lehrkräftestellen waren zum letzten verfügbaren Stichtag unbesetzt? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
3. Wie viele dieser Lehrkräftestellen waren mit Personen ohne beziehungsweise ohne vollständige Lehramtsqualifikation besetzt? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
4. Wie viele Stellen für Schulleitungen oder Stellvertretungen waren (zumindest zeitweise) unbesetzt? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben. Wie lange waren diese Stellen unbesetzt?
5. Wie bewertet die Landesregierung das Ergebnis der von der GEW Hessen im Jahr 2024 in Auftrag gegebenen Studie zur Arbeitsbelastung von Schulleitungen, wonach Schulleitungsstellen an Grundschulen besonders häufig vakant seien?
6. Plant die Landesregierung, der Empfehlung der GEW, regelmäßig Belastungsstudien über Schulleitungen durchzuführen, nachzukommen?
7. Wie viele UBUS-Kräfte (in VZÄ) waren den 41 Grundschulen im letzten Schuljahr zugewiesen? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
8. Wie viele dieser Stellen waren zum letzten verfügbaren Stichtag unbesetzt? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
9. Wie viele Stellen (in VZÄ) wurden den 41 Grundschulen im letzten Schuljahr kapitalisiert (zum Beispiel für den Ganzttag) zugewiesen? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
10. Liegen der Landesregierung Informationen darüber vor (zum Beispiel aufgrund der geführten Gespräche), wie viele Stellen, die über die kapitalisierte Zuweisung an den 41 Grundschulen ausgeschrieben waren, im letzten Schuljahr (zumindest vorübergehend) unbesetzt waren? Bitte für alle Schulen insgesamt angeben.
11. Wie war die durchschnittliche Klassengröße an den betreffenden Grundschulen im letzten Schuljahr?
12. Wie viele der 41 Grundschulen haben in den vergangenen 5 Jahren bereits eine Überlastungsanzeige gestellt? Welche entlastenden Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?

13. Stimmt es, dass das Staatliche Schulamt in einer ersten Reaktion eine Mail an die 41 Grundschulen mit Nachfragen zur Überlastungsanzeige mit einer zeitlichen Frist von gerade einmal drei Stunden geschickt hat?
Wenn ja: Wie bewertet die Landesregierung diesen Vorgang?
14. Ist es üblich, dass sich das Staatliche Schulamt erkundigt, wer genau die Überlastungsanzeige an den einzelnen Schulen unterschrieben hat?
15. Hat das Staatliche Schulamt inzwischen mit allen 41 Schulen Gespräche geführt?
Wenn ja: Bis wann und mit welchen Personenkreisen?
16. Wurde dem Wunsch der Schulen entsprochen und ein gemeinsames Gespräch mit allen Schulen geführt?
Wenn nein: Warum nicht?
17. Hat, wie von den betreffenden Grundschulen gefordert, ein runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern des Schulamts, des Kultusministeriums, aller Schulleitungen und Personalräte stattgefunden oder ist in Planung?
Wenn ja: Wann?
Wenn nein: Warum nicht?
18. Was waren beziehungsweise sind die Ergebnisse des Gesprächs beziehungsweise der Gespräche? Welche entlastenden Maßnahmen wurden beziehungsweise werden an den einzelnen Schulen zum neuen Schuljahr ergriffen?
19. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung kurzfristig nach dem Bekanntwerden der Überlastungsanzeige ergriffen und welche Maßnahmen plant sie langfristig?
20. Wie viele weitere Überlastungsanzeigen hessischer Schulen außer den oben genannten sind im Schuljahr 2024/2025 gestellt worden? Bitte insgesamt angeben sowie nach Schulform aufschlüsseln.

Wiesbaden, 21. August 2025

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke